

Stichwörter
zu zehn Dekaden
deutscher Erfahrung

Wendejahre 1909–2009

Manfred Funke

Gegenwart bereitet sich in der Geschichte vor, um Zukunft in Obhut zu nehmen. Mit welchen Erfahrungen, Zielen, Kräften, Störfeldern? Rechnungslegung darüber ist der besondere Sinn von Gedenkjahren wie 2009. Sie halten an zur aktuellen geistig-politischen Ortsbestimmung aus den Geschichtskoordinaten des „deutschen Jahrhunderts“ (Eberhard Jäckel). Für ihre Sichtung empfiehlt sich hierbei die Gliederung des Säkulums in Jahresdekaden.

Kein stabiler Aufwuchs

Seit 1909 verschärft sich die Spannung um Gleichgewicht und Hegemonie. Für eine Mittelmacht ist Deutschland zu groß, als Großmacht geostrategisch zu fragil. Probegriffe zur Weltmacht an Europas Peripherien werden von England beziehungsweise Frankreich verdeckt oder offen abgewiesen. Dies verstärkt im Reich den Druck stornierter Verheißungen. Der Zerfall der politischen Vernunft gerät zum Selbstbetrug, als man England für Deutschlands friedliche Absichten ausgerechnet mit dem Bau einer Schlachtflotte zur Gewinngemeinschaft verlocken will.

Hoffnungsträger dieser Phantompolitik wird ab 1900 Reichskanzler von Bülow. Er soll „mein Bismarck“ werden, erhofft sich Wilhelm II. 1909 wird der Bülow-Block in der Krise um die Reichsfinanzreform zerrieben. Der Kanzler, seit der „Daily-Telegraph-Affäre“ in der Ungunst des Kaisers, tritt zurück. Nachfolger Theobald von Bethmann Hollweg kann die Zerschlagung des gordischen

Knotens aus drohendem Mehrfrontenkrieg, Erwartungshysterien, Gaukeleien diplomatischer Spielräume und laszivem Umgang mit dem Kriegsrisiko nicht verhindern. 1914 reduziert sich deutsche Staatskunst auf militärisches Handwerk.

1919 ist es „mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden für immer vorbei ... Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.“ Doch auf solche Taufrede Friedrich Eberts in der Nationalversammlung zu Weimar drücken immer stärker die Hypotheken des Versailler „Karthago“-Friedens, die Diffamierung demokratischer Kompromisskultur, Inflation, Wirtschaftskrisen und soziale Entwürdigung. Die Weimarer Republik findet keine Ruhe zum stabilen Aufwuchs. Wunderlich bleibt die bis heute fortdauernde Routine-Klage über die unvollendete Revolution 1918/1919. Worin sollte der Vorzug der Durchsetzung des Roten Oktober in Deutschland bestehen? Auch die Frage nach der Gesamtverantwortung für die Demokratie ist nicht auf den Artikel 48 Weimarer Reichsverfassung abzuschieben. Jede Maßnahme des Reichspräsidenten hätte mit Parlamentsmehrheit unter Bezug auf Artikel 48, Absatz 3, aufgehoben werden können. Doch die Parteien handelten eher prinzipienfest als konstruktiv für das Gesamtwohl (vergleiche die *Politische Meinung* vom Juni 1999, Nummer 355).

Das Jahr 1929 soll zum Katalysator des Vertrauensverlusts gegenüber der Republik nach vierjähriger Scheinblüte wer-

den. Dass noch 1930 Besatzungstruppen in Deutschland stehen, Frankreich seine Reparationspolitik weiter härtet und gezielte Konjunkturlösungen des Staates für die deutsche Regierung nicht durchsetzbar sind, verschärft die Krise. Man lässt sich auf Hitler ein. Nicht aus dem Ja zum Rassen-Imperialismus, sondern aus dem Nein zur Lebenswirklichkeit und der Panik, die aus der dämonischen Anonymität der Weltwirtschaftskrise über die Menschen fällt.

Wirtschaftsaufschwung, triumphale Außenpolitik und miraculöse Inszenierungen des Regimes (zum Beispiel Olympische Spiele in Berlin) lähmen kollektiven Widerstand gegen den Krieg 1939. Zumal die Eliten Hitler nicht in den Arm fallen und üppige Normalität im permanenten Ausnahmezustand den Systemdruck unter den sozialen Schichten verteilt. Nach dem Kampf um Weltmacht oder Untergang hat Deutschland 1945 seine Aufteilung hinzunehmen und die Schande des Völkermordes zu verantworten. Der „20. Juli“ gibt der Bundesrepublik ein schmales moralisches Fundament.

Vorsichtige Entspannungspolitik

Ihre Gründung 1949 erfolgt auf Initiative der Alliierten. Aus Sorge vor einer Spaltung Deutschlands auf Dauer kommen indes die Länder den Forderungen nach Umsetzung der „Frankfurter Dokumente“ nur zögerlich nach. Doch wird am Ende das „Grundgesetz“ zu weit mehr als nur zur Geschäftsgrundlage eines föderalen Systems. Seine „Verfassung“ richtet sich gegen Staatsomnipotenz, Materialismus, totalitäre Ideologien und steht für Gewaltenteilung, Pluralität, Rechts- und Sozialstaat, für streitbare Abwehr rechts- beziehungsweise linksextremistischer Bestrebungen. Die „Verfassung“ wird zum Zentrum entmilitarisierter Zivilgesellschaft in gesamteuropäischer Perspektive. Ein kosmopolitischer

Verfassungspatriotismus stellt sich gegen nationalistische Kontraktion.

1959 akzeptiert auch die SPD als mächtigste Oppositionspartei die Westbindung und NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik. Nach zehnjähriger Belagerung von der Berliner Blockade bis zum Chruschtschow-Ultimatum 1959 beginnt vor dem Hintergrund des Geistes von Camp David, der Anerkennung der deutsch-deutschen Realitäten und der Einbindung der Bundesrepublik in NATO und Westeuropa eine vorsichtige Entspannungspolitik. Bundeskanzler Adenauer äußert anlässlich des zwanzigsten Jahrestags des deutschen Angriffs auf Polen in seiner Gedenkrede den Wunsch des deutschen Volkes, mit Polen in Freundschaft zu leben. Mauerbau und publizistisches Störfeuer der DDR („Prager Frühling“) erschweren ebenso wie Schikanen an der innerdeutschen Grenze die Erweiterung der *Westbindung* um verlässliche *Ost-Verbindungen*. Ab 1969 gerät die Republik unter der Kanzlerschaft Willy Brandts im Reflex der „neuen Ostpolitik“ und des Generationsbruchs der „68er“ in tiefste Zerwürfnisse. „Die in Deutschland so schmerzhaft, überwunden geglaubte Konfrontation von Macht und Geist, Politik und Ideal lebt wieder auf“ (Karl Dietrich Bracher). Der „romantische Rückfall“ (Richard Löwenthal) wuchert zu unsteter Entspannungspolitik und den „bleiernen Jahren“ (Uwe Backes) des Terrorismus aus. Hartmut von Hentig spricht 1979 von der „entmutigten Republik“. Die Afghanistan-Krise vereist das Großklima ebenso wie der Raketenstreit, und eine sich übernehmende Haushaltspolitik des Kabinetts Schmidt führt zu einem konstruktiven Misstrauensvotum, das die Ära Kohl einleitet.

Einheit mit Schönheitsfehlern

Die Chance zur Einheit 1989 wird nach zyklischen Zerreißproben zum großen

Das Jahr 1989 stellt mit dem Mauerfall einen markanten Wendepunkt der deutschen Geschichte dar. Seitdem ist der geistige und ökonomische Umbau Ostdeutschlands eine der Herausforderungen an die deutsche Regierung.

© picture-alliance/ZB, Foto: Thomas Uhlemann



Geschenk. Das Ende der DDR-Diktatur verleitet nicht wenige Politiker und Intellektuelle zumindest zu virtueller Sorge vor neuem Sonderweg und Viertem Reich. Außenpolitisch kann Kanzler Kohl unter Mithilfe Washingtons die Bedenken Frankreichs, die massiven Vorbehalte Roms und Londons gegen die deutsche Einheit auslichten. Im Vorwurf der Kritiker, Kohl vollziehe die Einigung überhastet, bleibt (vorsätzlich?) unbegriffen, was den Kanzler damals umtreibt: „Solange nicht alles unter Dach und Fach war, musste ich in jenen Wochen befürchten, dass die Reformgegner Gorbatschow dazu zwingen würden, seinen deutschlandpolitischen Kurs zu ändern.“ Am 17. Juni 1990 gedenken erstmals Volkskammer und Bundestag gemeinsam des „Tages der Deutschen Einheit“.

Zehn Jahre nach dem Mirakel von 1989 findet am 1. Juni 1999 die letzte Bundestagsitzung in Bonn statt. Seither fordern der geistige und ökonomische Umbau

Ostdeutschlands, der Fortgang der europäischen Integration, die wirtschaftlichen Verwerfungen, die Schieflagen internationaler Sicherheitspolitik, die prekäre Energieversorgung und die ökologische Weltkrise eine Staatsräson, die während der Regierung Schröder/Fischer in die „Heimatlosigkeit der Macht“ (Tobias Dürr/Franz Walter) flaniert. Machtverlust kompensiert sich, so Arnulf Baring, im „moralischen Größenwahn“. In den Belangen der Güterverteilung, Integration und Asylpolitik verstopft die Politik „ihr Ohr am Volk“ (Rupert Neudeck). „Schuldbewusstsein“, so Necla Kelek, „scheint hierzulande wichtiger zu sein als die Verteidigung der Verfassung“. 2005 übernimmt Angela Merkel ein brüchiges Erbe.

Kollektive Verantwortung

Im Rückblick aus 2009 bestätigt sich die Sorge, dass mit der Einführung des Euro die Währungseinheit nicht parallel zu

einer stärkeren Europäisierung der Interessen erfolgt, da die angeheizte Globalisierung der Märkte auf die Wirtschaftsstabilität der Einzelstaaten unterschiedlich hart durchschlägt und zu Defensivstrategien nationaler Präferenzen verleitet.

Spült der Kapitalismus, den Max Weber die größte Kraft unseres Alltagslebens nannte, sich aus jeglicher ethischer Verankerung? Jedenfalls stehen wir unmittelbar im Testgebiet der eigenen Verlässlichkeit. Die Festigung des Weges zwischen „freibeuterischem Kapitalismus“ und „entmündigendem Sozialismus“ (Jürgen Rüttgers) fordert eine Koalition der Zuversicht, die etwa den Konjunkturbruch 1967/1968, den Ölpreisschock 1973/1974, den Börsenkrach 1987 meisterte und die Flutungen der Währungskrisen in Asien und Russland 1997/1998 umsichtig auffing.

Die Aktivierung der Selbstheilungskräfte hat mit der klaren Benennung der Störfelder deutscher Zuversicht einzusetzen. So wird unter anderem viel zu viel Energie kleinstützig verwendet auf theoretische Rollenkonflikte Deutschlands in der „internationalen Gemeinschaft“. Die „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) stärkt mit dem Misstrauen gegen sich selbst das Misstrauen des Auslands. Auschwitz als Bewusstseinszentrum kann „Angst vor der Macht“ (Gregor Schöllgen) nicht legitimieren. Die innere Sicherheit darf keine weitere Gefährdung zulassen durch Verharmlosung des Terrorismus, Extremismus, Islamismus, die pseudotolerante Nachgiebigkeit gegenüber Forderungen nach „Freiräumen“ für eine antipluralistische „Binnengesellschaft“. Sicherheitspolitik kann Zielklarheit nicht ersetzen durch fortdauernde „Transformation“ als den scheinbar zentralen Kernauftrag unserer Streitkräfte. In der Selbstwahrnehmung unserer Kulturgeschichte zwischen „Sonderweg“ und „Weg nach

Westen“ krebst immer noch „der vielgerühmte Fehler der Deutschen, das Fremde dem Eigenen vorzusetzen“ (Hermann von Keyserling). „Die deutsche Kritik an den Deutschen“, schrieb Werner Ross einst, „stammt meist nicht aus der Liebe, sondern aus dem Pharisäismus des einen Teils (oder des Einzeldeutschen), der recht hat gegen den anderen Teil (oder gegen die Masse der Deutschen).“

Ein wässriger Harmonismus, dazu „das Talkshowprinzip des belanglosen Informationsaustauschs“ (Gerd Langguth) und die Dehumanisierung der Märkte sind nicht mehr mit parfümiertem Jammer zu kompensieren. „Hinter einem Verrat, der zum Himmel stinkt, lauert ein Morast von kleinen Verrätereien.“ Diese Zeitkritik von Walter Dirks vor sechzig Jahren empfiehlt sich heute mehr denn je zur Rasterfahndung der Gewissen. Wir müssen uns stellen. Nicht zuletzt voreinander und zueinander, indem wir das Gedenkjahr 2009 als Aufruf zu mehr Verantwortung begreifen, als Auftrag für eine Solidaritätskultur des Volkes als Grund der Verfassung mit ihrem Urgrund der Zehn Gebote. Statt uns, dies gilt mehr denn je, über das Maß kollektiver Scham oder kollektiver Schuld zu zerstreiten, müssen wir in kollektiver Verantwortung für die Zukunft einstehen. Wer sich vor solchem Gebot drückt, schiebt die Katastrophe nur auf.

Was nutzen indes Appelle an den Familiensinn der Nation? Welche Instanz könnte bescheinigen, dass wir durch böse Erfahrungen bessere Menschen geworden sind? Es geht nicht darum. Es geht um die Sicherung von Verhältnissen und Verhalten gegen Barbarei und Egomane. Das Scheitern illiberaler Politik darf nicht überblenden: Ungefährdet ist Demokratie nie! Gefordert ist Klarheit über die Frage, ob sich die innerdeutsche Grenze mit ihrer Aufhebung massenhaft individualisiert hat.